

Im Fischwerk geht die Angst vorm Brexit um

Von Ralph Sommer

Die Unsicherheit im Fischwerk Mukran wächst. Kommt der harte Brexit, dann darf die EU-Flotte bald nicht mehr in britischen Gewässern fischen. Es droht die Schließung.

MUKRAN. In der Nacht zum Dienstag hat das dänische Fangschiff „Astrid“ in Mukran am Euro Baltic Verarbeitungszentrum festgemacht, in seinen Laderäumen 750 Tonnen frischer Hering aus britischen Nordseegewässern. Seit dem Morgen wird der Fang in das 2003 eingeweihte Fischwerk gepumpt. Drinnen laufen die Filetieranlagen auf Hochtouren – viel zu tun für die 230 Beschäftigten. Und das nächste Schiff ist schon auf dem Weg nach Rügen, denn vor der schottischen Küste hat gerade die Heringssaison begonnen.

„Jährlich verarbeiten wir hier bis zu 55 000 Tonnen Hering zu Filets“, erklärt Werkchef Uwe Richter den Gästen aus Brüssel. Die Delegation, die EU-Abgeordneter Werner Kuhn (CDU) nach Mecklenburg-Vorpommern eingeladen hat, zeigt sich beim Rundgang beeindruckt. Die Parlamentarier aus Deutschland, Spanien, den Niederlanden und Tschechien gehören zum EU-Fischereiausschuss, und sie wollen mit den heimischen Fischern über mögliche Konsequenzen des Brexits diskutieren.

Das für 126 Millionen Euro gebaute Fischwerk der holländischen Gruppe „Parlevliet and van der Plast“



Im Euro-Baltic-Verarbeitungszentrum Mukran sortiert ein Mitarbeiter den fangfrischen Hering unmittelbar vor der Filetierung.

FOTOS (2): RALPH SOMMER

könnte vom EU-Austritt der Briten besonders stark betroffen sein. Im schlimmsten Fall droht in zwei Jahren sogar die Schließung. Denn der in der Ostsee gefangene Hering reicht längst nicht aus. „Etwa 83 Prozent aller Anlandungen kommen aus den Hoheitsgewässern von Großbritannien“, sagt Richter. Komme es zum harten Brexit, dann könnten die Briten ihre Fanggebiete für die EU-Flotte schließen. „Ich gehe nicht davon aus, dass wir künftig noch Zugang zu den fischreichen Revieren bekommen, und eine große Alternative sehe ich auch nicht.“

Erst vor einem Monat hatte der Brite Mike Hookem im Brüsseler Fischereiausschuss angekündigt, sein Land werde die Fischereiangelegenheiten künftig allein regeln. „Unsere Fischer haben genug von merkwürdigen EU-Vorschriften und ausländischen Fangschiffen, die unsere Gewässer plündern.“ Und der britische Fischereiminister George Eustice hatte im Oktober im „Telegraph“ versprochen, die britischen Fischer würden nach dem Brexit Hunderttausende Tonnen Fisch mehr fangen.

Nun warnt Kuhn: „Wir müssen mit dem Worst Case, dem ungünstigsten Fall,

rechnen.“ Doch sein spanischer Parlamentskollege Francisco Millan Mon sieht die Sache nicht ganz so pessimistisch: „Wenn die Briten uns den Zugang zu ihren Gewässern verweigern, dann erschweren oder blockieren wir ihnen den Zugang zum europäischen Markt.“

Hochseefischerei drohen jährliche Millionenverluste Harte Verhandlungen statt Schmusekurs fordert Ulrike Rodust, EU-Abgeordnete der SPD aus Schleswig-Holstein. Sie verweist darauf, dass die Briten derzeit 67 Prozent ihrer Waren auf dem EU-Markt absetzen. „Das ist



Der für Qualitätssicherung zuständige Mitarbeiter Alfredo Stoffel führt Mitglieder des EU-Fischereiausschusses durch das Fischwerk.

unser scharfes Schwert in den Verhandlungen“. Doch die EU müsse geschlossen auftreten. „Es wäre fatal, würden einzelne Mitglieder jetzt allein mit Großbritannien über eigene Fangkonzessionen verhandeln!“

Genau das befürchtet Werkleiter Richter. Es laufe darauf hinaus, dass Großbritannien ähnlich wie Norwegen und die Färöer-Inseln Zugangsberechtigungen verkaufen werden. „Das wird ein Hauen und ein Stechen geben“, warnt er. Peter Breckling vom Deutschen Fischerei-Verband stimmt zu: „Wir sollten uns keinen Illusionen hingeben. Wir wer-

den künftig mehr Geld für den Kauf von Fangkonzessionen benötigen.“ Ansonsten drohten der auf Hering, Sprotte, Seelachs, Kaisergranat und Plattfische spezialisierten Kleinen Hochseefischerei jährliche Verluste von 16 bis 18 Millionen Euro.

Bereits am Vortag hatte sich die Delegation im Rostocker Thünen-Institut für Ostseefischerei informiert. Nach einem Gespräch mit Stellnetz Fischern in Barhöft bei Stralsund ist für heute noch ein Besuch bei den Müritzfischern in Waren geplant.

Kontakt zum Autor
r.sommer@nordkurier.de

547 Gewaltopfer bei den Domspatzen

Von Cordula Dieckmann

Nach außen war bei den Regensburger Domspatzen alles bestens. Doch die Disziplin des Chores war teuer erkauft: mit einem System aus Angst und Gewalt.

REGENSBURG. Der Ruf der Schule war jahrzehntlang untadelig. Schließlich steht die ehrwürdige katholische Kirche dahinter. Bei den Regensburger Domspatzen singen die Knaben gemeinsam, sie lernen in der Schule und im Internat, verbringen dort auch ihre Freizeit. Was sollte schon passieren?

Doch während die einen Schüler gute Erinnerungen haben, war es für andere die schlimmste Zeit ihres Lebens mit Demütigungen, Gewalt und sexuellen Übergriffen. 547 Opfer listet der Abschlussbericht auf, den das Bistum Regensburg in Auftrag gegeben hat, um vor allem die Fälle zwischen 1945 und Anfang der 1990er Jahre aufzuklären.

Am Dienstag stellte der Anwalt Ulrich Weber sein Werk in Regensburg vor. Ein wichtiger Schritt, um die Vergangenheit aufzuarbeiten – und um den Ruf der Schule wiederherzustellen, die ihre Strukturen verändert hat und nun wieder viele Anmeldungen hat. Der Bericht macht klar, was verkehrt lief: Sadismus und Gewaltneigung bei Erwachsenen. Fehlende Kontrolle und



Alexander Probst, Vertreter der Missbrauchsopfer

übermächtiges Vertrauen in die Kirche. Dazu eine Kultur des Verschweigens und Wegschauens.

Besonders schlimm war es wohl bei den Grundschulern in der Vorschule in den 60er und 70er Jahren. „Die Kindheit im Sinne einer schönen, glücklichen Zeit war mit dem Eintritt bei den Domspatzen vorbei. Ein regelrechter Albtraum hatte begonnen. Es war die Hölle“, wird ein Betroffener zitiert. Prügel, harte Ohrfeigen und Demütigungen waren an der Tagesordnung.

„Das Schlimmste war die Hilflosigkeit, das Ausgeliefertsein und die totale Schutzlosigkeit in einem Alter, in dem man eigentlich Zuwendung braucht“, formuliert es ein anderer. Vorne dabei der damalige Direktor, der die Buben drangsalierte und etwa beim Duschen das Wasser auf eiskalt oder brühend heiß stellte.



Die Opfer des Missbrauchs bei den Regensburger Domspatzen sollen bis Ende 2017 finanziell entschädigt werden. FOTOS (2): A. WEIGEL

„Der Dreiklang aus Gewalt, Angst und Hilflosigkeit sollte dazu dienen, den Willen der Schüler zu brechen und ihnen Persönlichkeit und Individualität zu nehmen“, resümiert Rechtsanwalt Weber. Das Ziel: maximale Disziplin und Leistungsfähigkeit, alles für den größtmöglichen Erfolg des Chores.

„Es gibt kein Entkommen und keine Gnade“

Wie das aussah, beschrieb ein Vorschüler aus den 1960er Jahren: „Mehrere Male am Tage hieß es Antreten in Zweierreihen, oft unter einer Normaluhr im Flur, um dann zur Kapelle oder in den Speisesaal zu marschieren. Damit dieser Vorgang rasch ging, erhielten die letzten beiden einen festen Schlag mit der zischenden Weidengerte.“ Eine schmerzhafteste Erinnerung: „Es gibt immer zwei Letzte und bei circa 80 Knaben kommt dann wohl

mal jeder dran. Aber selbst wenn man nicht drankommt, es ist das System der Angst, welches Tag für Tag und Stunde für Stunde herrscht, mit der grauenvollen Gewissheit, dass sich nichts ändert und es kein Entkommen gibt und auch keine Gnade.“ Der Grund sei oft nichtig gewesen, ungewaschene Hände oder kindlich ungestümes Verhalten. Die Folge: „gebrochene Menschen mit gebrochenen Herzen ohne Hoffnung und Vertrauen“, wird ein Schüler zitiert.

Doch warum bekamen das Eltern, andere Lehrer oder die staatliche Aufsicht nicht mit? Weber spricht von einem ausgereiften System der Isolation und Kommunikationsverhinderung. Wer etwas sagte, musste mit harten Konsequenzen rechnen – deshalb hielten viele Kinder den Mund und viele Eltern wollten nicht glauben, was ihre Söhne ihnen anvertrauten.

Separatisten rufen „Kleinrussland“ aus

Von Andreas Stein

Die Aufständischen in der Ostukraine untermauern ihre Pläne für eine Unabhängigkeit mit einem neuen Staat.

KIEW/DONEZK. Mit der Ausrufung eines Staates „Kleinrussland“ haben die moskautreuen Separatisten im Kriegsgebiet Ostukraine die bisherigen Friedenspläne infrage gestellt. Die Aufständischen in der Großstadt Donezk erklärten am Dienstag, die frühere Ukraine sei nicht wieder herzustellen. Deswegen rief Separatistenführer Alexander Sachartschenko einseitig den neuen Staat „Kleinrussland“ (Malorossija) aus. Russland und die Bundesregierung kritisierten den Schritt als Verstoß gegen den Minsker Friedensplan. Selbst die verbündeten Separatisten in Luhansk lehnten das Projekt ab.

Die Idee eines eigenen Staates in der Ostukraine ist nicht neu: Teile des Donbass stehen seit April 2014 unter Kontrolle der von Moskau unterstützten Aufständischen. Anfänglich wollten diese einen Staat „Neurussland“ schaffen, bestehend aus großen Gebieten des Südens und Ostens der Ukraine. Mehrfach erklärten sie den Anschluss an Russland zum Ziel – nach dem Vorbild der 2014 annektierten

Halbinsel Krim. Der Kreml erteilte dem jedoch eine Absage.

„Wir gehen davon aus, dass die Donezker Volksrepublik und die Luhansker Volksrepublik gemeinsam die einzigen Territorien der Ukraine sind, (...) in denen eine gesetzliche Regierung gewahrt wurde“, sagte Sachartschenko. Der neue Staat soll demnach die ganze Ukraine umfassen, aber ohne die Krim. Zudem solle für drei Jahre der Ausnahmezustand in den von Kiew abtrünnigen Gebieten ausgerufen werden. Dieser sieht ein Verbot von Parteien vor.

Die mit Donezk verbündeten Separatisten in Luhansk reagierten überrascht. „Dieses Projekt wurde nicht mit uns besprochen“, sagte ihr Anführer Igor Plotnizki. Sein Vertrauter Wladislaw Dejnago sagte: „Wir haben davon aus den Medien erfahren.“

Kämpferisch gab sich die prowestliche Führung in Kiew. „Die Ukraine wird die Souveränität über den Donbass und die Krim wieder herstellen“, sagte Präsident Petro Poroschenko. „Sachartschenko ist keine politische Figur, sondern eine Marionette, welche die Mitteilungen des Kremls überträgt.“ Er warf Russland vor, durch seine Unterstützung für die Separatisten die Ukraine zu spalten und forderte schärfere westliche Sanktionen gegen Moskau.